



## **VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG**

Vergabe von Planungs- und Bauleistungen für den  
Neubau eines Ladeparks auf dem Busbetriebshof  
im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

## **BEWERBERMEMORANDUM**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>Gegenstand des Verfahrens .....</b>	<b>2</b>
<b>1.1.</b>	<b>Leistungszeitraum .....</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Vergabestelle / Terminologie / Berater.....</b>	<b>5</b>
<b>3.</b>	<b>Vergabestelle – Auftraggeber .....</b>	<b>5</b>
<b>4.</b>	<b>Formale Angaben zum Verfahren.....</b>	<b>6</b>
<b>4.1.</b>	<b>Art des Verfahrens.....</b>	<b>6</b>
<b>4.2.</b>	<b>Teilnahmeberechtigung .....</b>	<b>6</b>
<b>4.3.</b>	<b>Bewerbergemeinschaften .....</b>	<b>6</b>
<b>4.4.</b>	<b>Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer.....</b>	<b>7</b>
<b>4.5.</b>	<b>Ablauf des Verfahrens.....</b>	<b>7</b>
<b>5.</b>	<b>Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1) .....</b>	<b>8</b>
<b>5.1.</b>	<b>Form und Frist der Teilnahmeanträge .....</b>	<b>8</b>
<b>5.2.</b>	<b>Eignungsnachweise und Bewerberauswahl .....</b>	<b>9</b>
<b>5.3.</b>	<b>Weitere Nachweise und Erklärungen .....</b>	<b>12</b>
<b>5.4.</b>	<b>Nachforderung von Unterlagen .....</b>	<b>13</b>
<b>6.</b>	<b>Zuschlagskriterien .....</b>	<b>13</b>
<b>7.</b>	<b>Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens .....</b>	<b>13</b>
<b>7.1.</b>	<b>Einverständnis der Bewerber .....</b>	<b>13</b>
<b>7.2.</b>	<b>Fragen zum Verfahren .....</b>	<b>14</b>
<b>7.3.</b>	<b>Änderung und Aufhebung des Verfahrens, Aufhebungsvorbehalt.....</b>	<b>14</b>
<b>7.4.</b>	<b>Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren .....</b>	<b>15</b>
<b>7.5.</b>	<b>Tariftreue und Mindestlohn.....</b>	<b>16</b>
<b>8.</b>	<b>Vergabekammer .....</b>	<b>16</b>
<b>9.</b>	<b>Anlagen.....</b>	<b>16</b>

## **1. Gegenstand des Verfahrens**

Die VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG (nachfolgend VBS) beabsichtigen die Erweiterung der Ladeinfrastruktur durch den Neubau eines Ladeparks auf dem Busbetriebshof als Erweiterung des bestehenden Busbetriebshofs in Ravensburg.

Ziel ist der Aufbau eines zentralen, elektrifizierten Busbetriebs, der eine zukunftsfähige und nachhaltige Grundlage für den öffentlichen Nahverkehr schafft. Im Mittelpunkt steht dabei die zuverlässige Versorgung einer wachsenden Anzahl an Elektrobussen mit der erforderlichen Ladeinfrastruktur, energetischer Kreislauf, Speicher, Photovoltaikanlage sowie Betriebstechnik. Neben dem eigenen Fahrzeugbestand soll die Anlage perspektivisch auch die Möglichkeit bieten, Elektrobusse anderer Verkehrsunternehmen mitzuversorgen.

Um den angestrebten Zielzustand eines zentralen, elektrifizierten Busbetriebs zu realisieren, sind mehrere strategische und infrastrukturelle Anforderungen zu erfüllen. Eine zentrale Voraussetzung ist die Gewährleistung der betrieblichen Abfertigung des zukünftigen Stadtverkehrs sowohl hinsichtlich der Fahrzeuglogistik als auch der Ladeinfrastruktur. Mit dem erwarteten Zuwachs der Busflotte im Zuge der Elektrifizierung steigt auch der Bedarf an zusätzlichem Betriebspersonal sowie an erweiterten Stell- und Ladekapazitäten.

Zur Sicherstellung des erforderlichen Flächenbedarfs ist das Anpachten des benachbarten Grundstücks beschlossen. Diese Erweiterung bildet die Grundlage für die räumliche Integration zusätzlicher Ladepunkte, Abstellflächen sowie weiterer betriebsnotwendiger Einrichtungen. Gleichzeitig müssen die Anforderungen der EU-weiten Clean Vehicle Directive berücksichtigt und konsequent umgesetzt werden. Diese schreibt verbindliche Quoten für den Einsatz emissionsarmer und emissionsfreier Fahrzeuge im öffentlichen Personenverkehr vor und macht somit eine umfassende Elektrifizierung der Busflotte unumgänglich.

Auf dieser angepachteten Fläche soll der Busbetriebshof als Erweiterung des bestehenden Betriebshofs entsprechen.

Die VBS geht nach derzeitiger Planung von vorläufigen anrechenbaren Herstellkosten von insgesamt rund EUR 17 Mio. netto aus. Für die Maßnahme stehen der voraussichtlich Fördergelder des Förderprogramms ÖPNV nach § 5 Landesgemeindefinanzierungsgesetz (LGVFG) zur Verfügung.

Der Betriebshof wird eine Nutzfläche von ca. 10.825 m<sup>2</sup> haben. Der Betriebshof gliedert sich in verschiedene Funktionsbereiche. Dazu gehören:

- Verkehrsanlagen (Zufahrtsbereiche, Stellplätze für Busse, Stellplätze für PKWs)

**Bewerbermemorandum**Seite 3 von 17 Seiten

---

- Überdachte Abstellanlagen für einen Großteil der Fahrzeuge (max. Anzahl an Fahrzeugen auf den verfügbaren Flächen unter Einhaltung der nötigen Rangierbereiche und sonstigen Verkehrsflächen) Aus Brandschutzgründen wird eine bauliche Trennung zwischen den Abstellanlagen und den Bereichen als sinnvoll erachtet.
- Weitere Stellplätze für Busse, welche nicht überdacht werden sollen.
- Ein Teil der Stellplätze soll mit Ladeinfrastruktur (DC-Laden) versehen werden. Dabei soll folgende Verteilung angestrebt werden:

	Außenbereich	Bereich West	Bereich Ost
Anzahl Ladepunkte	4 LP	8 LP	16 LP
Betriebsart	Opportunity/Depot	Depot	Depot
Maximalstrom je Ladepunkt	400 A	200 A	200 A
Mindeststrom je Dispenser bei gleichzeitiger Nutzung aller Dispenser	200 A	100 A	100 A
Bauform Dispenser	Einfach Ladesäule	Deckenabroller	Deckenabroller
Steckertyp	CCS 2	CCS 2	CCS 2
Gesamtleistung Elektronik	1000 kW	1000 kW	2000 kW
Zugeordnete Trafoleistung	1250 kVA	1250 kVA	2 x 1250 kVA

- Trafostation(en)
- PV- Anlage auf den Überdachungen der Stellplätze mit einer größtmöglichen Leistungsfähigkeit
- optional Speicher

Das Projekt soll bis zum 31. Dezember 2027 fertiggestellt werden. Das erweiterte Baufeld steht bis 31. Dezember 2027 zur Verfügung. Weitere Informationen erhalten Bieter mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Um eine integrative Planung unter Einbindung von baulicher Industriekompetenz mit dem Ziel der frühzeitigen Kosten- und Terminalsicherheit und einer sehr zügigen baulichen Realisierung zu erlangen, beabsichtigt die VBS ihren Neubau des Ladeparks auf dem Busbetriebshofs als kombinierte Planungs- und Bauausschreibung gesamthaft an ein Team aus Objekt- und Fachplanern sowie einen Bauunternehmer zu vergeben. Die Vergabe dieser Leistung wird im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens nach SectVO mit vorgeschaltetem europaweitem Teilnahmewettbewerb erfolgen.

Für die zu erbringenden planerischen und baulichen Leistungen sollen durch den Auftraggeber Haushaltsmittel von höchstens EUR 17,00 Mio. (netto) bereitgestellt werden. Der Betrag sollte unterschritten werden und beinhaltet sämtliche Nebenkosten. Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben, sollte das Ausschreibungsergebnis dazu führen, dass die zur Bereitstellung beabsichtigten Haushaltsmittel überschritten werden.

Die Leistungen sollen in Stufen beauftragt werden. Stufe 1: Planung bis zur Einreichung Baugenehmigung. 2. Stufe Realisierung. Die Beauftragung der Stufe 2 steht unter dem Vorbehalt der Gewährung der Fördermittel.

Weitere Erläuterungen hierzu einschließlich der beabsichtigten Verfahrensstruktur und Bewertungskriterien sind in diesem Bewerbermemorandum enthalten.

### **1.1. Leistungszeitraum**

Beabsichtigt ist folgender Leistungszeitraum:

Ende Oktober 2026:	Zuschlagserteilung und Einreichung Fördermittelantrag
1. Quartal 2027:	Einreichung Bauantrag
2. Quartal 2027:	Baubeginn
31. Dezember 2027:	Betriebsbereite Fertigstellung und Abnahme

## **2. Vergabestelle / Terminologie / Berater**

Vergabestelle und Auftraggeber ist die VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG.

Die VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ bzw. „AG“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber / Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ oder „AN“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

## **3. Vergabestelle – Auftraggeber**

Vergabestelle und Auftraggeber ist die VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG.

Die VBS Verkehrsbetriebe Schussental GmbH & Co. KG wird in den Vergabeunterlagen sowie dessen Anlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber und Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Parteien“ und „Vertragspartner“ bezeichnet.

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren beraten und unterstützt von:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB

**Rechtsanwalt Dr. Karsten Kayser**

**Rechtsanwalt Dr. Markus Schildknecht / Fachanwalt für Vergaberecht**

Stresemannstraße 79

70191 Stuttgart

DREES & SOMMER SE

**Carsten Philippin**

**Julien Heitzmann**

Obere Waldplätze 11

70569 Stuttgart

#### **4. Formale Angaben zum Verfahren**

##### **4.1. Art des Verfahrens**

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach SektVO.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die EU-Auftragsbekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar.

##### **4.2. Teilnahmeberechtigung**

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der EU-Auftragsbekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

Die gemeinsame Beteiligung mit weiteren Unternehmen ist als Bewerbergemeinschaft oder unter Einbindung von Nachunternehmen nach Maßgabe der Vorgaben dieses Bewerbermemorandums möglich.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber / Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

##### **4.3. Bewerbergemeinschaften**

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

#### **4.4. Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer**

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit in der EU-Auftragsbekanntmachung oder in den Teilnahmeformularen nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Die geforderten Eignungsnachweise sind der EU-Auftragsbekanntmachung zu entnehmen.

Ist ein Unternehmen – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder im Wege der Eignungsleihe – an mehreren Bewerbungen beteiligt, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. im Wege der Eignungsleihe einbezogen ist, führen.

Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). In diesem Fall ist der Vergabestelle mit Einreichung des Teilnahmeantrags nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem beispielsweise die diesbezüglichen verpflichtenden Zusagen der Unternehmen vorgelegt werden.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der EU-Auftragsbekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß vor, so ist das Unternehmen auf Anforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt. Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.

#### **4.5. Ablauf des Verfahrens**

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

##### Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage, der unter Ziffer 4.2 dargestellten Vorgehensweise werden unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des



Teilnahmewettbewerbs drei bis maximal fünf Unternehmen ausgewählt, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase (teilt sich auf in Stufe 1 und Stufe 2):

Es ist geplant, die Bewerber **Ende Juli 2026** zur Abgabe eines Angebots aufzufordern. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt, die den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines ersten indikativen Angebots aufgeforderten Bewerbern zugehen werden. Auf Grundlage dieser Unterlagen erarbeiten die Bieter ein erstes Angebot.

Die Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien, die den für das Verhandlungsverfahren ausgewählten Bewerbern mitgeteilt werden, bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bieter ranking erstellt.

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens ist folgender **Zeitplan** vorgesehen:

<u>Anfang August 2026:</u>	Voraussichtliche Aufforderung zur Angebotsabgabe
<u>Mitte September 2026:</u>	Ende der Frist zur Abgabe eines ersten indikativen Angebots
<u>Ende September 2026:</u>	Beginn des Verhandlungsverfahrens
<u>Oktober 2026:</u>	Überarbeitung der Angebote und weitere Verhandlungen
<u>Ende Oktober 2026:</u>	Abschluss des Verhandlungsverfahrens und Zuschlagserteilung

**Alle vorgenannten Termine sind unverbindlich.** Den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bewerbern werden die genauen Termine mit Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert mitgeteilt.

## **5. Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)**

### **5.1. Form und Frist der Teilnahmeanträge**

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags ist das in der Anlage beigefügte **Teilnahmeformular** auszufüllen.

Wichtiger Hinweis:

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal unter folgendem Link

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMXSJ>

bis spätestens

**Freitag, 31. Juli 2026, 12:00 Uhr**

im Dateiformat „pdf.“ zu übermitteln.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags zu testen.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal „*dtvp.de*“ zu erfolgen. Diese erfolgt über den Menüpunkt „*Teilnahmeanträge*“.

Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe von Teilnahmeanträgen grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Informationen zur Nutzung des Portals sowie Antworten zu technischen Fragen, insbesondere zu Systemvoraussetzungen, finden Sie unter <https://support.cosinex.de/>.

**Anderweitig auf elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z. B. per Telefax oder E-Mail, sowie schriftliche Teilnahmeanträge, sind nicht zugelassen.**

## **5.2. Eignungsnachweise und Bewerberauswahl**

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1 der Bewerberauswahl:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2 der Bewerberauswahl:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3 der Bewerberauswahl:

Schließlich wird – sofern mehr als maximal fünf geeignete Bewerber sich am Verfahren beteiligt haben – anhand der Referenzen gem. der EU-Auftragsbekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuftten Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Für die Auswahl wird jeweils nur die priorisierte Referenz für „Bauleistungen“ und die priorisierte Referenz für „Planungsleistungen“ herangezogen.

**Folgende Mindestanforderungen sind nachzuweisen:**

- **Schlüsselfertiges Bauen:**

Nachweis von einem Referenzprojekt über den schlüsselfertigen Neubau eines Ladeinfrastrukturparks mit mindestens 10 Ladepunkten (DC) oder eines vergleichbaren Einrichtung (z.B. (Bau-) Betriebshof) mit Ladeinfrastruktur mit mindestens 10 Ladepunkten (DC) enthält mit einem Auftragsvolumen (KG 200 bis 700 nach DIN 276) von mindestens EUR 5,00 Mio. brutto. Die Abnahme muss vorliegen und darf nicht vor dem 1. Januar. 2018 erfolgt sein.

- **Planungsreferenz:**

Nachweis von einem Referenzprojekt im Bereich der TGA Fachplanung Elektro in den Leistungsphasen 2 bis 5 nach HOAI mindestens der Honorarzone III für den Neubau eines Ladeinfrastrukturparks mit mindestens 10 Ladepunkten (DC) oder einer vergleichbaren Einrichtung (z.B. (Bau-) Betriebshof) mit Ladeinfrastruktur mit mindestens 10 Ladepunkten (DC) enthält mit einem Auftragsvolumen (KG 200 bis 700 nach DIN 276) von mindestens EUR 5,00 Mio. brutto. Die Abnahme muss vorliegen und darf nicht vor dem 1. Januar. 2018 erfolgt sein.

**Die Vorlage von mehr als der genannten Anzahl an Referenzen je Referenzkategorie ist nicht erwünscht. Die Referenzanforderungen können – müssen aber nicht – mit**

**Referenzprojekten nachgewiesen werden, die gleichzeitig Planungs- und Bauleistungen umfasst haben.**

Die Referenzen werden wie folgt bewertet:

**a) Bewertung der Referenz für Planungsleistungen (LPH 2 bis 5):**

**Kriterium „Vergleichbarkeit mit der Planungsaufgabe“**

Neubau eines Ladeinfrastrukturparks mit mindestens 20 Ladepunkten (DC) als Busbetriebshof	3 Punkte
Neubau eines Ladeinfrastrukturparks AC/DC mit mindestens 15 Ladepunkten (DC) als Busbetriebshof	2 Punkte
Sonstige Neubauten mit Ladeinfrastruktur mit mindestens 15 Ladepunkten (DC)	1 Punkt

**Kriterium „Aktualität der Planung (Abnahme)“**

Abnahme ab 2025	3 Punkte
Abnahme im Jahr 2022 – 2024	2 Punkte
Abnahme im Jahr 2019 – 2021	1 Punkt

**b) Bewertung der Referenz für eigenerbrachte, schlüsselfertige Bauleistungen:**

**Kriterium „Vergleichbarkeit der Bauleistungen“**

Neubau eines Ladeinfrastrukturparks mit mindestens 20 Ladepunkten (DC) als Busbetriebshof	3 Punkte
Neubau eines Ladeinfrastrukturparks mit mindestens 15 Ladepunkten (DC) als Busbetriebshof	2 Punkte

Sonstige Neubauten mit Ladeinfrastruktur mit mindestens 15 Ladepunkten (DC)	1 Punkt
---	---------

**Kriterium „Aktualität der Referenz“ (Abnahmezeitpunkt)“**

Abnahme ab 2025	3 Punkte
Abnahme im Jahr 2022 – 2024	2 Punkte
Abnahme 5 im Jahr 2020 – 2021	1 Punkt

Im Rahmen der Bewerberauswahl wird nur die im Teilnahmeformular durch den Bewerber eingetragene Referenz für die jeweilige Referenzkategorie berücksichtigt. D.h. es können maximal 12 Punkte erzielt werden.

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, führen jüngere Referenzen zur Bevorzugung eines Bewerbers. Bei gleichen Abschluss- bzw. Abnahmezeitpunkten entscheidet ggf. das Los.

**5.3. Weitere Nachweise und Erklärungen**

Bewerbergemeinschaften haben zudem eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der

- die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft plausibel dargestellt ist,
- der für die Durchführung des Verfahrens bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Bewerbergemeinschaft gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt,
- erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, und
- erklärt wird, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

#### **5.4. Nachforderung von Unterlagen**

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und / oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

### **6. Zuschlagskriterien**

Die Vergabestelle wird die Angebote auf Grundlage der vorgegebenen Zuschlagskriterien bewerten. Auf Grundlage der Bewertung anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien wird ein Bierranking erstellt. Das wirtschaftlichste Angebot wird nachfolgenden Kriterien ermittelt.

Funktionalität/ Verkehrsführung/Verkehrerschließung	30 Punkte
Ladekonzept / Energiekonzept	20 Punkte
Prozessqualität / Terminplan	10 Punkte
Preis (inkl. Wartung und Service)	40 Punkte

### **7. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens**

#### **7.1. Einverständnis der Bewerber**

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten

Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

## **7.2. Fragen zum Verfahren**

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren mittels Vergabepattform

<https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YMZMXSJ>

zu stellen.

### **Bitte beachten Sie:**

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilhmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilhmeantrags zu beachten sind.

**Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.**

## **7.3. Änderung und Aufhebung des Verfahrens, Aufhebungsvorbehalt**

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

Für die zu erbringenden planerischen und baulichen Leistungen sollen durch den Auftraggeber Haushaltsmittel von höchstens EUR 17,00 Mio. (netto) bereitgestellt werden. Der Betrag sollte unterschritten werden und beinhaltet sämtliche Nebenkosten. Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben, sollte das Ausschreibungsergebnis dazu führen, dass die zur Bereitstellung beabsichtigten Haushaltsmittel überschritten werden.

#### **7.4. Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren**

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge wird den Bewerbern keine Entschädigung gewährt. Die eingereichten Bewerbungsunterlagen verbleiben bei der Vergabestelle.

Für das Bearbeiten und Erstellen des Angebots wird den Bietern eine pauschalierte Entschädigung gewährt. Die Bieter, die ein den Anforderungen des Vergabeverfahrens entsprechendes erstes indikatives Angebot abgegeben haben, erhalten eine pauschalierte Kostenerstattung in folgender Höhe:

Dem Bieter, der den Zuschlag erhält, wird keine Kostenerstattung gewährt.

Im Übrigen:

- Jeder teilnehmende Bieter erhält bei Abgabe eines ordnungsgemäßen und vollständigen, d. h. den (formellen und inhaltlichen) Anforderungen dieses Vergabeverfahrens genügenden und bewertbaren Angebotes eine Aufwandsentschädigung für die im Rahmen des planerischen Wettbewerbs (erste Stufe) erbrachten Planungsleistungen in Höhe von **EUR 15.000,00 brutto**.
- Den Bietern, die nach Abschluss der ersten Stufe für die anschließende weitere Verhandlungsphase (zweite Stufe) ausgewählt werden und an dieser teilnehmen und ein weiteres ordnungsgemäßes und vollständiges, d. h. den (formellen und inhaltlichen) Anforderungen dieses Vergabeverfahrens genügendes und bewertbares Angebot abgeben, wird eine weitere Aufwandsentschädigung gewährt. Diese beträgt jeweils **EUR 5.000,00 brutto**.



Die Teilnahme an etwaigen Verhandlungsgesprächen wird nicht gesondert vergütet. Einzelheiten erhalten die Bieter in den Angebotsunterlagen.

Die Rechnung hierzu, bitten wir direkt an die Vergabestelle zu richten.

#### **7.5. Tariftreue und Mindestlohn**

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich in Phase 2 des Verfahrens bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 (Tariftreueerklärung) sowohl für den Bieter als auch für die Nachunternehmer und Verleihunternehmern, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben.

#### **8. Vergabekammer**

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe  
Durlacher Allee 100  
76137 Karlsruhe  
Telefax: +49 721 926-3985

#### **9. Anlagen**

- Teilnahmeformular